

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugangspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quitt
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötterstraße 18 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Der Kampf um das Arbeitskammergesetz

Die Kommission zur Vorbereitung des Arbeitskammergesetzes hat ihre Arbeiten vorläufig abgeschlossen. Sie hat einen Unterausschuß von zehn Mitgliedern eingesetzt, der bis zum Beginn der Herbsttagung des Reichstages den Gesetzentwurf nach den bisher gefassten Beschlüssen durcharbeiten soll.

Die Verhandlungen in der Kommission gestalteten sich von vornherein interessant, weil die Gewerkschaftsvertreter den von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden ausgearbeiteten Gesetzentwurf als Antrag Nr. 1 in der Kommission einbrachten, so daß der Regierungsvorlage ein vollständiger, den Anforderungen der Arbeiterchaft entsprechender Gesetzentwurf gegenüberstand. Die Kommission eilte sich dahin, daß an der Hand der Regierungsvorlage in Verbindung mit diesem Antrage zunächst grundsätzliche Fragen betreffend den Aufbau der Arbeitskammern erörtert und entschieden werden sollten. Nach mehrtägigen Verhandlungen wurde mit 15 gegen 13 Stimmen beschloffen, entgegen der Regierungsvorlage die Arbeitskammern räumlich und nicht sachlich abzugrenzen. Mit dieser Stimmenzahl kommt jedoch nicht die volle Mehrheit der Kommission zur Geltung, die für die erste Art des Ausbaues der Arbeitskammern ist. Es lag ein Antrag der nationalliberalen Kommissionsmitglieder vor, nach dem neben der räumlich begrenzten Arbeitskammern da, wo sich das Bedürfnis nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung ergibt, sachliche Kammern errichtet werden sollten. Da der Antrag der Gewerkschaftsvertreter solche nicht vorsah, sondern nur sachliche Abteilungen in den allgemeinen Arbeitskammern forderte, so stimmten die Unterzeichner des oben genannten Antrages zunächst gegen die räumliche Begrenzung der Arbeitskammern, andernfalls wäre die Mehrheit für diese wahrscheinlich um 4 Stimmen größer gewesen. Der Regierungsvertreter nahm schon nach diesem Beschluß Veranlassung zu erklären, daß ein so gestaltetes Arbeitskammergesetz die Zustimmung der Verbündeten Regierungen kaum finden werde.

Da der Reichstag und seine Kommissionen nicht dazu da sind, einfach die Vorlagen der Verbündeten Regierungen anzunehmen, sondern die Aufgabe haben, sie so zu gestalten, wie sie nach ihrer Meinung den Interessen der in Frage kommenden Bevölkerungsschichten dient, so nahm die Kommission von der Erklärung Kenntnis, ohne sie des Weiteren zu erörtern. Sie beschloß, ihre Verhandlungen abzubrechen und den Fraktionen Bericht zu erstatten. Ein Antrag, einen Bericht dem Plenum des Reichstages zu geben und dessen Entscheidung anzurufen, fand keine Mehrheit in der Kommission. Es wäre meines Wissens ein solcher Beschluß auch eine Neuheit in der Geschichte des Reichstages gewesen, wenngleich er durchaus der Meinung der Kommission entsprochen hätte. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wurde sich dahin schlüssig, ihre Vertreter aus der Arbeitskammergesetzkommission zurückzuziehen, falls die anderen Fraktionen ihre Beauftragten verpflichten würden, den Anforderungen der Regierung zu entsprechen. Diese gingen dahin, daß Sachkammern zu errichten seien und der Teil der Arbeiterchaft, der in diese nicht einbezogen würde, in allgemeinen Arbeitskammern vereinigt werden sollte. Ein entsprechender Antrag, der sich mit gleichartigen Bestimmungen in dem ersten im Reichswirtschaftsamt ausgearbeiteten Gesetzentwurf deckt, lag der Kommission vor.

Da die Fraktionen ihren Vertretern in der Kommission freie Hand ließen, so wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Beschlossen wurde, entsprechend der Gewerkschaftsvorlage in den Arbeitskammern selbständige Arbeiterabteilungen einzurichten, ferner die Seeleute und die landwirtschaftlichen Arbeiter in den Geltungsbereich des Arbeitskammergesetzes einzubeziehen. Abgelehnt wurde leider, auch die Angestellten dem Arbeitskammergesetz zu unterstellen. Nachdem beschloffen worden war, daß je nach Bedürfnis Sachkammern errichtet werden können, wäre der Angestellten eine ihren Ansprüchen genügende öffentlich-rechtliche Vertretung gesichert gewesen. Daß dies nicht geschehen ist, dem Umstand zu danken, daß es nicht gelang, die Angestelltenorganisationen auf eine einheitliche Forderung zu vereinigen. Wenn dies bis zum Herbst gelungen wäre, würde sich wahrscheinlich eine Mehrheit in der Kommission dafür finden, auch die Angestellten in den Geltungsbereich des Arbeitskammergesetzes einzubeziehen.

Die Kommission hat, immer entgegen den Wünschen der Regierungsvertreter, weiterhin beschloffen, daß die im Hilfsdienstgesetz enthaltenen Vorschriften über die Arbeiterausschüsse in das Arbeitskammergesetz aufgenommen werden sollen. Die in der Regierungsvorlage enthaltenen Vorschriften, daß für die Verlebensanstalten des Reiches und der Bundesstaaten die Arbeiterausschüsse die Arbeitskammern bilden sollen, wurden von der Kommission nicht angenommen, sondern bestimmt, daß auch hier Arbeitskammern zu errichten sind, für die sinngemäß die Wahlvorschriften des Gesetzes zu gelten haben. Ferner wurde beschloffen, daß zur Beratung der Gesamtheit der Arbeiterchaft bezühnenden Fragen die Sachkammern zur allgemeinen Arbeitskammer Vertreter zu entsenden haben.

Diesen Beschlüssen der Kommission entsprechend, soll der Unterausschuß den Gesetzentwurf gestalten. Er würde, abgesehen davon, daß die Angestellten durch ihn nicht gleichzeitig ihre öffentlich-rechtliche Vertretung erhalten, den Anforderungen der Arbeiterchaft entsprechen. Der Staatssekretär hat am Schluß der Verhandlungen der Kommission noch einmal betont, daß nach den gefassten Beschlüssen eine Verständigung mit der Verbündeten Regierungen kaum zu erreichen sein wird und der Unterausschuß vielleicht vergeblich seine Arbeiten erledigen. Daß die preussische Regierung an verhältnismäßig nebenstehlichen Fragen den Gesetzentwurf über die Arbeitskammern zum dritten Male scheitern, so mag sie es tun. Die Arbeiterchaft hat in den gewerkschaftlichen Organisationen zwar nicht eine öffentlich-

rechtliche, aber eine ihren wirtschaftlichen Interessen dienende Vertretung. Die Ablehnung eines den Ansprüchen der Arbeiter genügenden Gesetzes durch die Regierung kann nur dazu beitragen, diese wirtschaftlichen Organisationen zu stärken und erneut den Beweis zu liefern, daß das Arbeitskammergesetz um zwei Jahre zu spät dem Reichstage vorgelegt worden ist. E. Regien.

Ein mutiger Schritt des französischen Gewerkschaftsbundes

Frankreichs innere Einheitsfront hat dieser Tage einen weit sichtbaren Riß bekommen. Mit der einhelligen Unterordnung unter die amtliche Kriegspolitik ist es vorbei. Die vielgepriesene „heilige Einigkeit“ hat ein Ende genommen: Denn der Gewerkschaftsbund verlangt in einem Offenen Schreiben an die Volksvertretung neben vielem anderen die Befreiung der Kriegsziele. Dieser gewerkschaftliche Vorstoß zugunsten des Friedens geschah selbständig, das heißt ohne von einer politischen Richtung veranlaßt oder begünstigt zu sein.

Daß in Reich und Glied der französischen Arbeiterchaft von jeher keine Neigung für den Krieg vorhanden gewesen ist, ist genügend bewiesen. Wo immer sie ungehemmte Ausdrucksmöglichkeit hatte, ist ihre Sehnsucht nach Beendigung des Menschenmordes verkündet worden. Sie ist nicht des Glaubens gewesen, daß für die Freiheit der Welt die Menschheit dem Zwangsdiens unterworfen, für die Erhaltung der Zivilisation gemordet, für die Rechte der kleinen Völker gewüßtet und geschossen werde. Sie hat sich über die eigentlichen Beweggründe ihrer kriegstreibenden Bourgeoisie auch nicht dadurch täuschen lassen, daß deren Wortführer in Verkleidungen und Nennungen auftraten, die der großen Revolution entstammen. Leider mangelte der Arbeiterchaft die Macht, ihre Erkenntnis in die Tat umzusetzen. So hatte sie sich dem harten Zwang zu fügen. Von der Führerschaft im Parlament, ja selbst von der im Gewerkschaftsbund konnte sie wenig erwarten, weil sie sich zu eng mit der Kriegspolitik verstrickt hatte und eine dem Wortführer der imperialistischen Bourgeoisie entnommene Sprache redete. Hierin trat erst in dem Rage eine Wandlung ein, wie sich die Arbeiterchaft sammelt und ihre Anschauung geltend machen konnte. Als erstes Zeichen dieser Wandlung steht das Drängen der Gewerkschaftsführer nach einer internationalen Konferenz; als ein anderes der dieser Tage veröffentlichte Offene Brief an die Volksvertretung.

In diesem bedeutsamen Schriftstück sagt der Vorstand des Gewerkschaftsbundes eingangs, er fühle die Notwendigkeit, der Arbeiterklasse sittliche Bürgschaften zu geben, um Mißverständnisse zu zerstreuen, die geeignet sind, über die Landesverteidigung eine falsche Auffassung zu schaffen, die mit den Rechten, Gefühlen, der Würde und Solidaritätspflicht der Arbeiterklasse unvereinbar ist. Nach dieser Einleitung fährt der Offene Brief wörtlich fort:

„Seit vier Jahren lebt (mit der Nation) die Arbeiterklasse in Unkenntnis der militärischen und diplomatischen Ereignisse, von denen nichts weniger als der Bestand des Landes abhängt. Bald schwarzmalend, bald schönfärbend hat die Presse, lügend aus Interesse oder eingeschüchelt durch die Zensur, erreicht, das Urteil der Volksmasse zu fälschen. In dieser Luft der falschen und unzulänglichen Berichterstattung hat eine nur zu berechtigte Besorgnis die Herzen der Arbeiter erfasst. Unter diesen Umständen mühten die widerspruchsvollsten Gerüchte beim Volk Glaubens finden und ungeheure Bewegungen entfesseln. Die Gefahren einer solchen Lage fühlend, hat der Gewerkschaftsbund wiederholt von der Regierung verlangt, daß sie die Kriegsziele bekanntgibt, als auch die allgemeinen Bedingungen, worunter der Friede gezeichnet werden könne.“

Auf diese Verlangen, die von einer genauen Kenntnis der Beschaffenheit der Volkseele begründet sind, als auch von der berechtigten Besorgnis, den vorausgefühlenen Schwierigkeiten zu begegnen und die nur leider von den Ereignissen bestätigt wurden, hat man mit verächtlichem Schweigen oder mit zu allgemeinen Erklärungen geantwortet. Unser Ziel ist ein gerechter und dauernder Friede, ist eine solche Formel, die eine Erklärung und nähere Umschreibung erheischt. Diese Erklärungen und feste Umschreibungen sind uns bis jetzt verweigert worden, während wir gleichzeitig vernahmen, daß gewisse anexionistische Bewegungen geführt wurden; daß man sich zu gewissen persönlichen Verhandlungen hergab, und daß man, ohne sich in eine Besprechung einzulassen, Friedensbedingungen ablehnte, die dem Volke und selbst dem Parlamente unbekannt blieben.

Um den üblichen Rückwirkungen solcher unzulänglicher Maßnahmen vorzubeugen, hat der Gewerkschaftsbund das Recht in Anspruch genommen, sein Verlangen der Arbeiterdiplomatie durch Teilnahme an den internationalen Konferenzen zu vollbringen. Doch dieses Recht, das anderen Teilen der Nation gewährt ist, wurde uns verweigert. Währenddessen überführten sich die Ereignisse und die Lage verschärfte sich... Verbunden mit der internationalen Aktion der Arbeiterklasse der Weststaaten hätte die (Arbeiter-) Diplomatie des hellen Tages bei den Völkern der Mittelmächte genügen Widerhall gefunden und so den Völkern Frieden beschleunigt. Und selbst wenn dieses Ziel nicht erreicht worden wäre, so hätte man immerhin doch die internationale Sachlage geklärt und die Schuld an der Verlängerung des Krieges festgesetzt...

Dieser Zustand der Ungewißheit über den kommenden Tag, dieses Mißvertrauen der Rolle, die die Arbeiterorganisationen — nationale wie internationale — zu spielen haben, kann nicht weitergehen.

Der Gewerkschaftsbund verlangt im Namen der Arbeiterklasse, daß die Regierung unseres Landes die Worte der Wahrheit hören lasse, die den von den Weststaaten vertretenen Grundsatz des Rechts rechtfertigen und dem Lande Vergebung verschaffen. Die Regierung und die beiden Kammern müssen sich über die allgemeinen Grundsätze der Entscheidungen (der Gewerkschaftskonferenz) von Clermont-Ferrand und London ausdrücken. Der Gewerkschaftsbund fordert weiter im Namen der Millionen Ar-

beiter an der Front wie im Hinterland, daß Friedensvorschläge, woher sie auch kommen mögen, nicht ohne Erörterung verworfen werden, und daß die Regierung alle Gelegenheiten wahrnehme, die Sprache der Vernunft und des gesunden Menschenverstandes hören zu lassen. Die Arbeiterklasse will nicht, daß die Stunde des Friedens, wenn sie sich zeigt, verpaßt wird.

Der Gewerkschaftsbund betätigt sein Recht, in voller Freiheit an der internationalen Aktion der Arbeiter teilzunehmen, weil er überzeugt ist, daß aus den Zusammenkünften des Proletariats nur der Sache der Volksrechte günstige Entscheidungen hervorgehen können. Der Gewerkschaftsbund erklärt, daß nur eine Politik des Vertrauens, die jeden Hintergedanken der Unterdrückung verweist, geeignet ist, neue Wirren zu verhüten, Wirren, die wir befürchten und deren schwere Folgen vielleicht nie wieder gutzumachen sein werden. Die Stunde ist gekommen, wo man der Arbeiterklasse das Recht vorbehaltlos einräumen muß, über die Angelegenheiten der Nation mitzureden durch die Stimme ihrer Organisation, die allein die Eignung besitzt, durch die Verteidigung ihrer sittlichen und materiellen Interessen die der gesamten Nation zu verteidigen.

In dieser besonders ernsten Stunde verlangen wir genaue Befreiung der Kriegsziele und der allgemeinen Friedensbedingungen. Weiter fordern wir, daß die gesamte Nation den Gang der Begebenheiten schärf überwachen kann, damit keinerlei Möglichkeit eines gerechten und dauerhaften Friedens verpaßt wird; daß jede Unterdrückungspolitik aus unseren Sitten verschwinde; daß die persönliche Freiheit betreut wird von einer Justiz, die unparteiisch ist und unabhängig von der Staatsgewalt, den Parteien und den Kassen; und schließlich verlangen wir, daß die Arbeiterbewegung ihre nationale wie internationale Aufgabe in voller Gedanken- und Handlungsfreiheit erfüllen kann.

Der Gewerkschaftsbund erklärt, daß nur unter diesen Bedingungen und bei einer derartigen Beschaffenheit der wahren Freiheit und des gegenseitigen Vertrauens das Land vor den schlimmsten Katastrophen bewahrt werden kann und die Stunde des Völkfriedens auf dem von Wilson bestimmten Grundlagen, deren Leitgedanken in den Entschlüssen von Clermont-Ferrand und London enthalten sind, nähergerückt wird.

Das deutsche Arbeiterauge mag genügt sein, in diesen Forderungen von Gewerkschaftern kaum mehr als eine Selbstverständlichkeit zu sehen, zumal weil die organisierte Arbeiterchaft Deutschlands schon längst und oft dergleichen Forderungen gestellt und entsprechend gehandelt hat. Indessen, das Bedeutungsvolle dieses Offenen Briefes liegt mehr darin, daß der Gewerkschaftsbund als solcher einen Schritt für den Frieden, einen Druck auf die Regierung, einen politischen Akt von größter Wichtigkeit gewagt hat, ohne sich um die Widrigkeiten der politischen Kreise zu scheeren. Die Wirkung dieses selbständigen Vorstoßes wird sich bald sehen lassen. Die Friedensfreunde landauf landab werden neuen Mut bekommen und die Sippen von Gewerkschaftspolitikern und Strebern innerhalb wie außerhalb der sozialistischen Fraktion werden gezwungen sein, Stellung zur Friedenssache zu nehmen. Der Wortführer der Flammerei wird dem Vorstand des Gewerkschaftsbundes nicht erpart bleiben. Ob die Verhaftung der Gewerkschaftler und ihre Verhaftung an die Front, wovon die Tagespresse recht berichtet, mit dem Vorstoß zusammenhängen, ist sehr wahrscheinlich. Dafür wird die gesamte Arbeiterchaft mit ihrem Dank nicht zurückhalten. Die Gewerkschaftler dieses Landes der Schlingengräben werden den mutigen Schritt nur begrüßen, weil dadurch auch ihre Tätigkeit für den Frieden wie ihre Hoffnung auf den Wiederaufbau der Internationale wesentlich gefördert wird.

Die Anwendung des Taylorsystems in der Metallindustrie Magdeburgs

Schon vor dem Kriege wurden an die Arbeitsleistung der in der hiesigen Metallindustrie beschäftigten Arbeiter fortgesetzt steigende Ansprüche gestellt, obwohl von einem Taylorsystem nicht gesprochen werden konnte. Was die Arbeiterchaft an Lohnerhöhung erhielt, belastete die Unternehmer in der Regel nicht erheblich, sondern war auf die größere Leistung der Arbeiter zurückzuführen. Abschlepppreise wurden unwesentlich aufgebessert. Zumeist wurden die Arbeiten mit kleinen Verbesserungen der Arbeitsweise abgehandelt, die ihnen eine schnellere Fertigstellung der Arbeit gestattete. Selbst bei den Lohnarbeitern hielt sich der Unternehmer schadlos, indem er nach der zugestandenen Lohnerhöhung die Zahl der Lohnarbeiter verminderte, von den verbleibenden Arbeitern aber die Arbeit der Ausgeschiedenen mitverlangte. Bei diesem System sind die Unternehmer auch in der Kriegszeit geblieben. Die in dieser Zeit erzielten Lohnsteigerungen belasten nur zum kleinsten Teil die Kasse der Unternehmer.

Zwischen sind aber, besonders in hiesigen Großbetrieben, Maßnahmen getroffen worden, die als Beginn der Einführung des Taylorsystems bezeichnet werden können. Bei der Firma Krupp-Grusonwerk und bei der Firma H. Wolf ist der Arbeiterausschüssen übrigens ganz offen gesagt worden, daß die Einführung erfolge. Bei Krupp fügte der betreffende Oberbetriebsleiter hinzu: „Mit einer vernünftigen Grundlage.“ Was darunter zu verstehen ist, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Bei H. Wolf, der Aktiengesellschaft, die kurz vor dem Kriege durch die Deutsche Bank finanziert wurde, und die seitdem nicht nur ihre Betriebe in Magdeburg erheblich erweitert, sondern auch die alte Lokomotivfirma Höpkins in Erfurt, die große Maschinenbauanstalt, ferner die Dampfzugfabrik von John Fowler in Magdeburg und die Stänglererei von Beder in Dessau käuflich übernommen hat, sind bereits eine ganze Anzahl Ingenieure eingestellt worden, die

der Saumlosigkeit der Kollegen selbst zu. Freilich hat die Verbandsleitung auch einen Teil Schuld, da ihr dies alles bekannt ist und sie nicht Mittel und Wege sucht, um wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen. Aber wir wollen hier nicht anklagen. Pflicht und Schuldigkeit unser aller im Verufe, wie in der Organisationsleitung ist es, dafür Sorge zu tragen, daß wieder geordnete Zustände in unserer Branche bestehen. Der Ansicht des Kollegen Erdmann stimme ich vollständig zu, sobald wie möglich eine Konferenz der Former und Verfassgenossen vom ganzen Reich einberufen. Darum ist es notwendig, überall Branchenvorstellungen abzuhalten, die sich mit all diesen Fragen gründlich zu beschäftigen haben. Ich würde daher vorschlagen, eine Zentralkommission einzusetzen, in der alle Material einläuft, und die es auch übernimmt, den Kollegen allerorts über verschiedene Fragen Auskunft zu erteilen. Der Vorstand wird wohl über die Arbeit, die wir ihm abnehmen, nichts einzuwenden haben. Darum zum Schluss, rüffel für die Zukunft, führt jeden abseits Stehenden unserer Organisation zu, denn ohne Kampf kann und wird das nicht abgehen. Wenn das überall gemacht wird und der Verband uns kräftig unterstützt, dann wird und muß der alte Spruch wieder zur Wahrheit werden, worauf die „Alten“ immer stolz waren: Die Former und Verfassgenossen sind die Pioniere der Arbeiterbewegung.

Metallarbeiter.

Ludenwalde. In der Vierteljahrsversammlung am 2. Juli wurde zunächst die Abrechnung von der 25-Jahrfeier der Verwaltungstelle entgegengenommen. Die Abrechnung für das zweite Vierteljahr ergab für die Hauptkasse eine Einnahme von 7067,80 M., demgegenüber eine Ausgabe von 6844,73 M. Es verblieb ein Kassenbestand von 223,07 M. Die Arbeitslosigkeit war sehr gering und erforderte 146,65 M. Die Krankenunterstützung dagegen 1745,65 M. An die Hauptkasse wurden 3000 M. gesandt. Der Bestand der Ortskasse stieg von 7123,12 M. auf 8091,15 M. Die Mitgliederzahl erhöhte sich auf 1207 bei 38 Abmeldungen zum Militär und 7 Zurückmeldungen. Bei den Flugzeugwerken in Zeltow konnte durch einen dort arbeitenden Kollegen eine Anzahl Mitglieder gewonnen werden. Der Druck der Unternehmer gegen Arbeitswechsel und Lohnsteigerungen machte sich weiter stark bemerkbar. Da alle Unternehmer dem Arbeitgeververein angehören, sucht man durch Beschlüsse die Lohnhöhe der Stundenlohnarbeiter zu begrenzen und den Arbeitswechsel nur mit gegenseitigem Einverständnis der Unternehmer möglich zu machen. In letzter Zeit zeigen sich auch Bestrebungen, die Akkordarbeiten am Orte wirklich den Akkordarbeitern zu erhalten, oder erhält er ihn vom Schlichtungsausschuss zurückgefordert, so sucht man auf die auswärtigen Unternehmer einzuwirken. Als man in einem Fall damit eine Abfuhr bekam, nahm man das Kriessamt in Anspruch und die Firma wurde zur Gegenüberstellung aufgefordert. Die im ersten Vierteljahr eingeleitete Lohnbewegung konnte dadurch nur unter großen Schwierigkeiten mit teilweise Erfolg zu einem gewissen Abschluss gebracht werden. Die am 15. März eingereichten Forderungen zur Regelung der Arbeitszeit, zu Ueberstundenzuschlägen und zur Erhöhung der Feuerungszulage und Stundenlöhne auch bei Frauen und Beurlaubten, sowie Einführung der meist schon vor dem Kriege gültigen Vereinbarungen bei Akkordarbeit und Entschädigung der Arbeiterauschussmitglieder, wurden durch Schreiben des Arbeitgebervereins rundweg abgelehnt. Man gestattete sich noch den Hinweis, daß sich die Feuerungsverhältnisse seit den letzten Vereinbarungen im September nicht geändert hätten, was den Arbeitern als Lohn erscheinen mußte. Es war klar, daß die Unternehmer mit dem Verband als Vertretung der Arbeiterschaft nicht verhandeln wollten, da sie jeden Hinweis auf unbillige Ansprüche unbeachtet ließen. Bei Kallenbach, Meyer & Franke rief die Arbeiterschaft den Schlichtungsausschuss in Jüterbog an. Dieser billigte der Arbeiterschaft der Firma eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 57 1/2 auf 55 1/2 Stunden zu, Festsetzung der Zuschläge für Ueberstunden bis zu zwei tägliche Arbeitszeit überschreitenden Arbeitsstunden auf 25 v. H. für Nacht- und Sonntagsarbeit 33 1/2 v. H., den freien Sonnabendnachmittag und Erhöhung der Feuerungszulage für Männer und Frauen um 16 Jahre bei einem Wochenverdienst bis 25 M. 25 v. H., bis 50 M. 20 v. H., bis 60 M. 15 v. H. Die Sätze bis 75 M. 10 v. H. und darüber 8 v. H. wurden nicht erhöht. Die Forderung der Entschädigung der Arbeiterauschussmitglieder wurde als durch Gesetz geregelt erklärt zugunsten der Arbeiter. Alle weiteren Forderungen wurden abgelehnt, besonders die Zulagen für Lohnarbeiter. Der ausschlaggebende Vorstoß des Schlichtungsausschusses erklärte, nicht für alle Lohnarbeiter einen Schiedspruch fällen zu können, da die Löhne zurzeit angemessen seien. Mündlich gab er zu, daß ein Teil der Löhne aufbesserungsbedürftig sei. Diese Arbeiter sollten einzeln kommen und den Akkordbescheid verlangen. Er verweist auf die Beamten und meinte, daß Löhne von 1 M. bis 1,30 M., wie sie bei der Firma in Frage kamen, angemessen seien. Auch eine persönliche Aussprache konnte den Vorstößen von der Unhaltbarkeit seiner Stellungnahme nicht überzeugen. Die Unternehmer mühten diese Stellungnahme noch besonders zu ihrem Gunsten aus und erklärten ihren Arbeitern, daß sie alle nach dem Urteil des Schlichtungsausschusses keine Zulage zu bekommen hätten. Als diese Auslegung dem Vorstößen zu Ohren kam, erklärte er sie für falsch und mußte nun erleben, daß die Unternehmer sich darüber beim Kriessamt beschwerten. Den Schiedspruch selbst erklärten alle Unternehmer als maßgebend für sich anerkennen zu wollen. Ihre Auslegung besaßen war aber recht merkwürdig. So erklärten einzelne Unternehmer, welche schon eine kürzere Arbeitszeit hatten, nach dem Schiedspruch könnten sie sie erhöhen und machten davon Lohnzulagen abhängig. Solche wurden nur in vereinzelten Fällen gewährt. Erst als bei Kallenbach, Meyer & Franke die Schlichter den Akkordbescheid forderten, um auswärts Arbeit zu nehmen, wurde auch ihnen eine Lohnzulage von 10 % gewährt. Auch in den Schraubenfabriken wurden dann den meisten Lohnarbeitern Zulagen von 10 und 5 % gewährt. In den Maschinenfabriken in geringem Umfang. In der Schraubenfabrik Wendland waren die Arbeiter mit den Angehörigen nicht zufrieden und riefen nochmals den Schlichtungsausschuss an. Die Arbeitszeit wurde hier von 55 1/2 auf 54 1/2 Stunden vermindert und damit die Auslegung der Unternehmer widerlegt, daß nach dem ersten Schiedspruch alle Firmen die Arbeitszeit auf 55 1/2 Stunden erhöhen könnten. Die Lohnarbeiter wurden wieder auf Einzelangelegenheiten über den Akkordbescheid verwiesen, was weiter ansehnlich bleibt, da die Arbeiter am Orte durch den von den Unternehmern zugegebenen Beschluß der Lohnbegrenzung keine angemessene Verbesserung nachweisen können. Nach auswärts aber wollen wenige, da sie durch Familienverhältnisse und Grundbesitz an die Kleinstadt gebunden sind. Diese Stellungnahme erscheint dem Gesetz widersprechend. Die Feuerungszulage wurde für Männer und Frauen über 16 Jahre gleich festgesetzt, und zwar bis 35 M. 30 v. H., bis 60 M. 20 v. H., darüber 15 v. H. Verdienste über 60 M. wurden durch die Stellungnahme des Vorstößen auch hierbei nicht berücksichtigt. Trotz der geringen Zugehörigkeit an die Arbeiter waren diese den Unternehmern sehr unangenehm und man versuchte die Verbandsvertreter als Feind und Unruhmacher zu brandmarken. — An den Arbeitern der übrigen Schraubenfabriken liegt es, sich den Schiedspruch für die Firma Wendland ebenfalls nutzbar zu machen. — Die Firma Bartoff & Co. machte ihren Arbeitern ein ganz besonderes Angebot. Nach dem Schiedspruch sollten alle Arbeiter und Arbeiterinnen, ob in Lohn oder Akkord beschäftigt, dieselbe Feuerungszulage bekommen. Die Firma zahlte bisher den Akkordarbeitern nur 2 bis 5 v. H. Außerdem bestand noch der Wunsch, daß Arbeiter bis 27 Stunden in Lohn beschäftigt wurden und demgemäß 20 v. H. Feuerungszulage zu bekommen hatten, dann die übrige Arbeitswoche in Akkord beschäftigt wurden und nur 2 bis 5 v. H. erhielten. Die Firma bot nun nicht etwa dieselbe Bezahlung an und hob die erwähnte Bezahlung auf, sondern legte den Schiedspruch so aus, daß sie den Akkordarbeitern statt der Gleichstellung teilweise nichts und bei den unteren Sätzen 1 bis 3 v. H. Erhöhung anbot. Das war den Arbeitern doch zu viel und man rief nach hier den Schlichtungsausschuss an. Durch Vermittlung des Vorstößen kam mit dem Arbeiterauschuss ein Vergleich zustande, der die Verhältnisse

bei der Berechnung in Bezug und die Sätze der Akkordarbeiter auf die Hälfte der Sätze bei den übrigen Firmen brachte. In der Schraubenfabrik in Jüterbog wurden durch direkte Verhandlungen erreicht: eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde, Erhöhung des Stundenlohnes für Frauen um 5 %, der Feuerungszulage von 30 auf 40 v. H., sowie Zahlung des Stundenlohnes in Höhe von 75 v. H. für Akkordarbeiterinnen bei Betriebsstörungen. — Im ganzen hat der Verlauf der Lohnbewegung 600 Arbeitern eine Arbeitszeitverkürzung bis 3 Stunden wöchentlich gebracht, den freien Sonnabendnachmittag, eine annehmbare Regelung der Ueberstundenzuschläge und der Feuerungszulagen für Frauen bei allen Firmen, dagegen Lohnzulagen nur in begrenztem Umfang und Erhöhung der Feuerungszulagen der Männer nur für den unter 60 M. verdienenden. — Das Unternehmertum hat während des Krieges auch am hiesigen Orte eine Stärkung erfahren, die sich durch vermehrten Druck auf die Arbeiterschaft bemerkbar macht. Wäge dieser Druck die Arbeiterschaft aufreizen, aus mülloser Erbitterung zu kraftvoller Mithilfe in der Verbandsarbeit. Angeregt wurde, jeder Verlängerung der Arbeitszeit kraftvoll entgegenzutreten und auch bei einer Umlegung der Arbeitszeit zum Winter wegen Kohlenmangel sich über die einzunehmende Haltung erst vorher zu verständigen. — Bei dem Punkt Kartellbericht wurde erwoogen, wie die Teilnahme der Arbeiterschaft am Verbandsleben wieder zu heben sei und dabei manche Maßnahmen der Vorstandsvorstände getadelt. Eine große Erbitterung beherrschte die Arbeiterschaft, aber das Gefühl der Ohnmacht sei an der schlechten Anteilnahme am Verbandsleben schuld. Der Bevollmächtigte schloß die Versammlung mit der Mahnung, trotzdem alles daran zu setzen, um die Anteilnahme wieder zu heben.

Wurzen. Am 12. Juli hielten wir eine sehr zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab, die sich mit den jetzigen Ernährungsverhältnissen befaßte und in der der Vierteljahrsbericht gegeben wurde. Kollege Saupe gedachte zunächst in kurzen Worten der gefallenen und gestorbenen Kollegen, die in der üblichen Weise geehrt wurden. Sodann teilte Saupe mit, daß infolge der in Aussicht genommenen Kürzung der Brotzulage für Schwerarbeiter die Vertrauensmänner beschloffen hätten, eine Mitgliederversammlung einzuberufen, die sich mit den Ernährungsverhältnissen im allgemeinen befassen solle. Hierüber erhielt Kollege Schreiber das Wort zu einem kurzen Vortrag. Er wies nach, wie sich die Ernährungsverhältnisse immer schlechter gestaltet hätten und daß die jetzt vorgenommene Brotverkürzung von 4 auf 3 1/2 Pfund die Woche, sowie die in Aussicht gestellten fleischlosen Wochen mit gleichzeitiger Kürzung der Arbeitszeit zur Folge haben müßten, wenn nicht die Gesundheit der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der größten Gefahr ausgesetzt werden solle. Weiter müsse dafür gesorgt werden, daß eine ausreichende Entlohnung eintrete, da die jetzt gezahlten Löhne in keinem Verhältnis zu den gegenwärtigen Lebensmitteln- und Bedarfsartikelpreisen ständen. Die angeblich hohen Verdienste, die fortgesetzt in der bürgerlichen Presse genannt würden, befänden nur in der Phantasia. Tatsache sei, daß auch in der Munitionindustrie am Orte noch außerordentlich niedrige Löhne gezahlt würden. Redner streifte kurz die geradezu fabelhafte hohen Preise, die für Frühgemüse gefordert würden und verlangte von den maßgebenden Behörden ein Eingreifen zugunsten der Verbraucher. Zum Schluß stellte der Redner den Antrag: Die Behörden zu ersuchen, eine ausreichende Ernährung der Arbeiterschaft sicherzustellen, andernfalls dazu überzugehen, die tägliche Arbeitszeit in allen Betrieben ganz wesentlich zu kürzen und entsprechende Lohnsteigerungen zu beantragen. In der Aussprache äußerten sich fast sämtliche Redner im Sinne des Vortrages und verlangten ein sofortiges Eingreifen von den Behörden, andernfalls müßte ein Ausgleich durch eine Verkürzung der Arbeitszeit mit Zahlung eines Lohnausgleichs eintreten. Betrachte man die heute zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel, so betragen diese noch nicht die Hälfte wie in Friedenszeiten, anderseits verlange man aber von den Arbeitern mindestens dieselbe Arbeitsleistung wie früher. Das könne auf die Dauer nicht so weiter gehen. Aus der Mitte der Versammlung wurde folgende Resolution unterbreitet und sodann einstimmig angenommen: „Die am 12. Juli 1918 im großen Saal des Schweizergartens stattfindende Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, indem sie an die maßgebenden Behörden die dringende Forderung richtet, unverzüglich Schritte einzuleiten, die eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln für die arbeitende Bevölkerung ermöglichen. Durch die Kürzung der Portionen, sowie die mit Bestimmtheit zu erwartende noch schlechtere Versorgung mit Fett und Fleisch ist die Ernährung in Frage gestellt, so daß es unmöglich ist, ohne ernste Gefährdung der Gesundheit die Arbeit in dem bisherigen Umfang zu verrichten. Die Versammelten protestieren ganz entschieden gegen die gewissenlose Verwahrung der Verbraucher beim Kauf von Frühgemüse, insbesondere von Frühkartoffeln und erwarten ein sofortiges Eingreifen von den maßgebenden Stellen. Weiter wendet sich die Versammlung gegen die Behauptung gewisser Kreise über die außerordentlich hohen Verdienste in der Munitionindustrie, indem sie darauf verweist, daß auch die in dieser Industrie gezahlten Löhne zum größten Teil nicht im Einklang stehen mit den gewaltig gestiegenen Lebensmitteln- und Bedarfsartikelpreisen. Die Versammelten beantragen deshalb die Ortsverwaltung, die notwendigen Schritte einzuleiten, um eine Erhöhung der Verdienste unter gleichzeitiger Herabsetzung der Arbeitszeit in allen Betrieben von Wurzen und Umgebung durchzuführen und sie verpflichten sich, an der Ausbreitung der Organisation zu wirken.“ — Hierauf erbat die Bevollmächtigte Schreiber noch kurz den Bericht vom 2. Vierteljahr 1918. Die Mitgliederbewegung war reger. Die Neueintritte betragen zusammen 206, darunter 147 weibliche. Bedauerlich sei der große Wechsel unter diesen Mitgliedern. Es müsse in der Beziehung von den Kollegen mehr getan werden, um auch sie mehr zu festigen. Der jetzige Mitgliederbestand beträgt 872.

aber in England, Frankreich und Amerika auf eine unerhüllte Ablehnung gestoßen ist. Unsere Gegner glauben noch an den vernichtenden militärischen Sieg über Deutschland, den sie wollen. Sie sind viele, wir sind wenige; sie beherrschen das Meer und damit den Zugang zu allen überseeischen Lebens- und Kriegsmitteln, während wir im engen Haus eingeschlossen mit Sorgen aller Art zu kämpfen haben; wir können den Kreis unserer Bundesgenossen nicht erweitern, haben Mühe ihn geschlossen zu halten, sie, die schon sozusagen die ganze Welt zu ihrem Dienste preßten, rechnen auf eine kriegerische Wiederbelebung Australiens, auf ein Eingreifen Japans, auf das Schwimmen des letzten Rests von Neutralität in Europa. Man muß sich davor hüten, den in politischen Stellungskrieg immer wieder wie mit großen Minenwerfern emporgeschleuderten „Erklärungen“ der leitenden Staatsmänner eine allzugroße Bedeutung beizumessen. Aber als Stimmungsanzeiger sind sie dennoch zu beachten. Und so stellen wir auch das Gegenüber, was Reichskanzler Hertling bei uns, was Lloyd George, Clemenceau und Wilson auf der Gegenseite unlängst geäußert haben. Der Unterschied leuchtet klar hervor. Wir werden mit dem diplomatischen Eingreifen warten müssen, um so mehr, als die sozialistischen Parteien in den feindlichen Ländern auch nicht das mindeste tun, um dem tobstüchtigen Kriegesbeben der verantwortlichen Minister einen Zaum anzulegen. Daß sie in ihrer Abneigung gegen einen Verständigungsfrieden noch durch sogenannte „Neutrale“ wie den von der Entente vollkommen mit Beschlag belegten Branting bekräftigt werden, macht diese Sache noch trauriger!

Der Sturz Kühlmanns wurde vor den Arbeitern als ein Sieg, die Nachfolge Ginkes als eine Bekräftigung des Sieges mit Jubelstößen gefeiert. Der Reichskanzler hat jedoch im bindenden Bekenntnis zum Inhalt der Antwortnote an den Papst und in einer über die früheren Äußerungen weit hinausgehenden Erklärung über die Zukunft Belgiens den nachgeordneten Staatssekretär so festgelegt, daß dieser keine Extratouren tanzen kann. Ebenso hat er auch nach dem Osten hin Worte gebraucht, die den Weg zu einer wirklichen Verständigung mit Groß-Rußland, mit der — nichtgenannten — Ukraine und den Randvölkern erheblich gangbarer machen. Bekommen wir den wirklichen Frieden im Osten, herrscht kein Zweifel mehr an unserer reinen Verteidigungsabsichten im Westen — dann ist wenigstens für die Rigoristen der Verhältnisse im Innern die Gemäch gegeben; dann sind wir auch militärisch unüberwindlich und dann muß der Augenblick kommen, wo auch die Feinde von heute den einzig möglichen Schluß dieser Lage zu ziehen sich bereit erklären.

Die 14 neuen Steuergesetze in ihren Einzelheiten an dieser Stelle zu behandeln, geht nicht an, selbst wenn das Papier vorrätiger knapp wäre. Von großer Bedeutung war die grundsätzliche Umänderung des Steuerwerks durch das auf Betreiben der Sozialdemokratie erfolgte Eingreifen der Mehrheit des Reichstags. Daß wir noch an der Schwelle des fünfsten Kriegsjahres einer gesunden Finanzgebarung im Reich entbehren, ist die Schuld des in allen Fingern dilettierenden Herrn Helfferich, der auch einmal eine Weile — wie lange ist das schon her! — Reichschatzsekretär war und seine Gestalt dazu benutzte, um der gerechten und starken Erfassung der Einkommen und der werdenden Vermögen, der Erbschaften und der Einkommen die Drahtverhaue entgegenzustellen. Mit der gefährlichen Sorglosigkeit des Mannes, der immer mit einer Patentmehlgänge in der Tasche herumläuft, wirkte er gegen einen grundlegenden Aufbau der Reichsfinanzen in der angebotenen Art, denn — er hatte ja „seinen“ U-Bootkrieg mit der „Entscheidung in drei bis sechs Monaten“; launte sich da, tief zu schlafen? Dadurch ist das ganze notwendige und für die innerpolitischen Ausgestaltungen ungerade nationale Zukunft von immer stärkerer Bedeutung werdende Werk in der Anlage bereits verpfuscht, und nur starke Anstrengungen einer entschlossenen Reichstagsmehrheit werden wenigstens einiges noch retten können. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß natürlich bei Steuergesetzen die Klassen- weil Besitzgegenstände am deutlichsten hervortreten, und daß es auch für Steuerreformen „psychologische Augenblicke“ gibt, die, einmal verpaßt, nie wiederkehren. Auf dem Felde der Steuerreform wird sich ein guter Teil der für die demokratische Weiterentwicklung im Reich notwendigen Auseinandersetzungen abspielen.

In diesem Jahre hatte der Reichschatzsekretär wieder nur ein Gländwerk vor: Ausbau der bestehenden Verbrauchssteuern bis zur völligen Ausschöpfung einiger dieser Steuerquellen, wie zum Beispiel der Biersteuer und der Branntweinsteuer, sowie der Warenverkehrssteuer. Alle Besitzsteuern sollten noch verschoben werden. Da machte die Reichstagsmehrheit nicht mit. Wenn sie auch vorerst noch einmal mit ihrer Absicht, den bereits bestehenden, also gesicherten Besitz scharf heranzuziehen und dem Gedanken der einheitlichen Reichseinkommensteuer Bahn zu brechen, am Widerstand der einzelstaatlichen Regierungen gescheitert ist, so bedeutet doch die Besteuerung der Mehr Einkommen und der Kriegsgewinne einen Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel. Und da der Schatzsekretär die bindende Zusage gegeben hat, im Herbst die Erbschaftsteuer nach aller Möglichkeit auszubauen — Erbschaftsteuern sind aber die besten Kontrollmittel für die Einkommenssteuern — so dürfen wir die Hoffnung hegen, dabei wieder etwas weiter zu kommen.

Von grundsätzlicher Wert ist die Schaffung eines obersten Steuergerichtshofes für das Reich, des Reichsfinanzhofes. Sie bedeutet den nie locker werdenden Zwang zur einheitlichen Veranlagung der Steuern. Das Andere wird sich dann schon finden!

Bis zum 5. November hat sich der Reichstag vertagt. Aber sein Haushaltsauschuss wird schon anfangs Oktober wieder zusammentreten, um dann die Reform des Auswärtigen Dienstes in Angriff zu nehmen. Reform — das kann in diesem Zusammenhang nur Demokratisierung bedeuten. Denn nicht über diese oder jene technische Einzelheit braucht man zu streiten, sondern darüber muß die Entscheidung fallen, ob hinfort mehr als früher das Volk Meister seiner eigenen Geschichte werden soll oder nicht. Eine gewaltige Aufgabe tut sich da vor unseren Blicken auf. Wäge sie zum Heil unseres Volkes die richtige Lösung finden.

Bewertungsfähiges.

Bedarbeiter. Am 1. Juli konnte der Verband aller in der Bedar- und Lederhandschuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands sein 25-jähriges Bestehen feiern. Bis zum Jahre 1893 hatten die Lohgerber und Weißgerber ihre besonderen Verbände gehabt. Der letztgenannte hatte schon vor dem Sozialistengesetz bestanden und war einer der wenigen Verbände, die von der Auflösung verschont blieben. Zu Weihnachten 1884 wurde ein Verband der Gerber und Lederzurichter gegründet, der im März folgenden Jahres seine Tätigkeit aufnahm. Natürlich konnten diese Verbände unter dem Ausnahmegesetz nur eine beschränkte Tätigkeit entfalten. Immerhin führten sie aber doch Kämpfe durch, trotz ihrer geringen Mitgliederzahl. Vielleicht war es gerade dieser zuzuschreiben, daß die Behörden sie bestehen ließen. Als das Ausnahmegesetz erloschen war und der Gewerkschaftsangriff zu Halberstadt im Jahre 1892 die Gründung von Industrieverbänden empfohlen hatte, beschloß der Weißgerberverband, alle in der Lederindustrie Beschäftigten aufzunehmen. Infolgedessen beschloffen die Lohgerber die Auflösung ihrer Organisation und den Uebertritt in den Weißgerberverband. Dieser beschloß sich dann als Bedarbeiterverband und nahm als solcher am 1. Juli 1893 seine Tätigkeit auf. Später schloß sich ihm

Rundschau

Reichstag.

Ob wir im Herbst einen ehrenvollen und die Zukunft unseres Volkes sichernden, aber auch die Lebensbedürfnisse unserer heutigen Feinde durchaus und redlich schonenden Frieden haben werden, oder ob wir die harten Lasten, die schwersten blutigen Verluste eines fünften Kriegswinters auf uns nehmen müssen, das entscheidet sich in diesen Tagen in gewaltigen Kämpfen an der Westfront. Ritzgen b's anderswo kann diese folgenschwere Entscheidung gesucht und gefunden werden — darüber müssen wir uns ganz klar sein. Der in der Verankerung verschwundene Staatssekretär v. Kühlmann hatte gesagt, daß dieses furchtbare Ringen nicht durch militärische Anstrengungen allein zum Abschluß gebracht werden kann; das ist auch unsere Meinung. Denn wir — und dieses „wir“ umfaßt sicherlich die gewaltige Mehrheit des mündigen deutschen Volkes — haben uns in dem langen Wechsel von Spinnungen und Beschränkungen, in dem Auf und Ab gewaltiger Siege und zähester Gegenwirkung, und in dem chaotischen Wirrwarr dessen, was man internationale Politik zu nennen pflegt, die Nuße des Urteils bewahrt, die uns auf der einen Seite vor Schwachherzigkeit behütet, auf der anderen aber auch von hochmütiger Geringschätzung unserer Feinde. Wir meinen also, daß eines Tages der Staatsmann den Soldaten wird ablassen müssen, um den Schlüsselpunkt unter das grauenhafte Menschentum zu setzen. Indessen: so weit sind wir heute noch nicht. Uns bewegt jetzt die Frage, ob wir im Herbst so weit sein können. Zum Verhandeln gehören zwei. Und die Dinge stehen heute so, daß zwar die deutsche Reichsregierung in nicht mißzuverstehenden Worten ihre Bereitschaft zu einem Verständigungsfrieden erneut kundgegeben hat,

